

**„In den Jahren 1939—1942
wurden vom ehemaligen Aspangbahnhof
zehntausende österreichische Juden
in Vernichtungslager transportiert
und kehrten nicht mehr zurück“**

Niemals vergessen!

Nie wieder Faschismus!

**Mahnwache und Kundgebung
Mittwoch, 9. November 2011 • 18 Uhr**

**Gedenkstein vor dem ehemaligen
Aspangbahnhof (Platz der Opfer der
Deportation, 1030 Wien)**

Zu dieser Kundgebung rufen auf:

Abg. z. LT Madeleine Petrovic • Abg. z. NR Karl Öllinger • Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) • ARGE Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung • Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en • Deserteurs- und Flüchtlingsberatung • Doron Rabinovici (Republikanischer Club) • Föderation der ArbeiterInnen Syndikate (FAS) • Gedenkdienst • Gewerkschaftlicher Links Block (GLB) • Grüne Alternative Wien • Infoladen Wels • Initiative Aspangbahnhof • Israelitische Kultusgemeinde Wien (IKG Wien) • Katja Sturm-Schnabl • Kommunistische Partei Österreichs – Wien (KPÖ-Wien) • KZ-Verband Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) • Peter Menasse – Chefredakteur „Nu“ • Pierre Ramus Gesellschaft • Redaktion „Akin“ • Republikanischer Club Wien – Neues Österreich • Romano Centro – Verein für Roma • Service Civil International (SCI) • Sozialistische Jugend Wien (SJ-Wien) • Sozialistische Linkspartei (SLP) • Unabhängiges Antifaschistisches Personenkomitee Burgenland • Verein Die Bunten – The Global Player • Verein Internationaler Zivildienst



Niemals vergessen!

Woran gedenken wir am 9. November?

Schon in der Nacht vom 11. zum 12. März 1938, also anlässlich des Einmarsches der deutschen Wehrmacht in Österreich, begannen Ausschreitungen gegen Jüdinnen und Juden in Österreich. Viele wurden von SA- und HJ-Leuten wie von „einfachen“ Parteimitgliedern, die sich ihre Hakenkreuzbinden und Orden angeheftet haben, verhaftet, geschlagen und öffentlich gedemütigt. Fensterscheiben wurden eingeschlagen. Juden und Jüdinnen wurden gezwungen Parolen, welche Anhänger des austrofaschis-



Gedenkstein beim ehemaligen Aspernbahnhof

tischen Bundeskanzlers Schuschnigg am Vorabend des „Anschlusses“ auf Wände und Gehsteige geschrieben haben mit Reib- und Zahnbürsten wegzuwaschen. Wiewohl mancher der Schaulustigen ihre Bekannten und FreundInnen unter den Gedemütigten erkannt haben mußte, hat niemand den Mut aufgebracht zu protestieren – was zu diesem Zeitpunkt sowohl möglich als auch sinnvoll hätte sein können. Mit diesen Erniedrigungen begann die systematische Diskriminierung der österreichischen Juden und Jüdinnen. Umso heftiger als im „Altreich“, weil in Österreich die Entwicklung, die in Deutschland fünf Jahre gedauert hatte, in kürzester Zeit über die Betroffenen hereingebrochen ist.

Etwa 200.000 ÖsterreicherInnen wurden nach den „Nürnberger Rassengesetzen“ zu „Juden“ erklärt, wobei etwa 180.000 von ihnen tatsächlich der jüdischen Religion angehörten. Die Nazis begannen mit Berufsverboten und Ausbildungsbeschränkungen, Juden und Jüdinnen wurden in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Das erste Ziel war es, die jüdische Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben zu drängen. Dann sollte ihr die wirtschaftliche Lebensgrundlagen entzogen und nicht zuletzt: gleich ob Arm, ob Reich, ihr gesamtes Vermögen geraubt wer-

den und dieses zumindest nach Willen der Nazi-Granden in die Kassen des „Dritten Reiches“ fließen – obwohl sich auch manch anderer dabei „bedient“ hatte.

Adolf Eichmann, ein strebsamer Biedermann im Dienste des Sicherheitsdienstes (SD) der SS, wurde nach Wien beordert, um die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ aufzubauen. „Auswanderung“ hieß die Beschönigung für das Vorhaben der Nazis, möglichst viele Jüdinnen und Juden aus Österreich zu vertreiben. Doch davor sollte sichergestellt werden, daß diese nicht mehr als die notwendigsten Habseligkeiten mit sich nehmen konnten, der gesamte übrige Besitz wurde beschlagnahmt.

Trotz des stetig zunehmenden Terrors durch die Nazis konnten und wollten viele die Heimat nicht Hals über Kopf verlassen. Besonders älteren Menschen fiel das schwer.

Die führenden Nazis hatten schon lange auf einen Anlaß gewartet, die JüdInnenverfolgung zu verschärfen. Sie brauchten einen Vorwand, mit dem sie diese v. a. auch gegenüber dem Ausland rechtfertigen und gegenüber der eigenen Bevölkerung die Akzeptanz dafür erhöhen konnten.

Der 9. November 1938 – die Bedeutung des Novemberpogroms

Der 17-jährige Herschel Grynszpan schoß am 7. November in Paris als Protest gegen die JüdInnenverfolgung auf den deutschen Diplomaten Ernst v. Rath, nachdem seine Eltern und Geschwister aus Deutschland nach Polen abgeschoben worden waren. Nachdem Rath kurz später starb, organisierte Joseph Goebbels am 9. November 1938 eine reichsweite Aktion gegen die jüdische Bevölkerung, welche als „spontaner Ausbruch des Volkszorns“ getarnt wurde.

Diese Aktion wurde wegen der gelegten Feuer, welche sich in den zerbrochenen Fensterscheiben wie „Kristalle“ spiegelten beschönigend „Reichskristallnacht“ genannt. Diese Nacht dauerte tatsächlich mehrere Tage und Nächte. Nun wurden tausende jüdische Wohnungen und Geschäfte geplündert, zerstört und „arisiert“. 42 Synagogen und Bethäuser wurden in Brand gesteckt und verwüstet. Nicht nur in Wien, auch in den kleineren österreichischen Städten wie Innsbruck kam es zu blutigen Übergriffen. Zahlreiche Menschen starben in Österreich während des und nach dem Novemberpogrom an den Folgen der Mißhandlungen oder nahmen sich aus Verzweiflung das Leben.

6547 Juden wurden in Wien im Zuge des Novemberpogroms verhaftet, 3700 davon ins KZ Dachau deportiert. Und: Die jüdische Bevölkerung

wurde dazu verpflichtet für alle Schäden des gegen sie gerichteten Pogroms aufzukommen!

Das Novemberpogrom war der entscheidende Schritt, die begonnenen Entrechtungs- und Beraubungsmaßnahmen gegen Juden und Jüdinnen zu vollenden. Es war aber auch eine Art „Testlauf“ der Nazis, wieviel JüdInnenverfolgung der Bevölkerung zuzumuten sei, ohne daß es zu nennenswertem Widerstand dagegen kommt.

Der Aspangbahnhof

Mit dem deutschen Überfall auf Polen begann offiziell der 2. Weltkrieg in Europa. Zu diesem Zeitpunkt lebten noch etwa 70.000 Jüdinnen und Juden in Wien. Alle verbliebenen österreichischen Jüdinnen und Juden waren mittlerweile nach Wien geschickt worden. Dort lebten sie zusammengepfercht in Sammelwohnungen und -lager, unter schlechten Bedingungen und schlecht versorgt. Sie wurden registriert und mußten ab September 1941 einen gelben Davidstern tragen, wie auch die noch von Jüdinnen und Juden bewohnten Wohnungen mit einem solchen gekennzeichnet wurden, um den Behörden die Verfolgung bzw. Aushebung für die Deportationen zu erleichtern.

Die ersten Deportationen sollten noch dem zumindest vor-geblichen Ziel dienen, deutsche bzw. österreichische Jüdinnen und Juden in einem „Judenreservat“ in Polen anzusiedeln. Dieser Plan wurde aber nie verwirklicht.

Im Frühjahr 1941 forderte der neue Gauleiter von Wien, Baldur von Schirach, die Deportationen wieder aufzunehmen, um die verbliebenen jüdischen Wohnungen „freimachen“ zu können. Juden und Jüdinnen wurden erfaßt und registriert und in der Folge Listen für die Deportationen zusammengestellt.

Die Deportationen erfolgten vom Aspangbahnhof. Diese wurden zuerst mit normalen Personenwaggons der 3. Klasse, später dann mit Viehwaggons, durchgeführt und „nur“ von normaler Polizei bewacht, nicht von der SS. Zum einen wollten die Nazis wohl die Illusion einer „Auswanderung“ für die Betroffenen und die beobachtende Bevölkerung aufrechterhalten, zum andern rechneten sie nicht mit nennenswertem Widerstand durch die Betroffenen, weil viele der aus Wien Deportierten ältere Menschen bzw. Frauen waren. Die Opfer der ersten Deportationen im Jahr 1941 wurden auf die Ghettos im besetzten Rest-Polen aufgeteilt. Arbeitsfähige kamen meist in die Zwangsarbeitslager der SS. Die meisten dieser am Anfang 1941 Deportierten sollten im Frühjahr und Sommer 1942 „Auskämmaktionen“ der SS zum Opfer fallen oder wurden zusammen mit den polnischen Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager gebracht. Tausende österreichische Juden und Jüdinnen wurden in Lagern wie Maly Trostinez massenhaft erschossen oder in Gaswagen ermordet.

Später führten die Deportationszüge vom Aspangbahnhof in das Ghetto Theresienstadt in der Nähe



von Prag, von wo aus die Züge Richtung Vernichtungslager Treblinka, Sobibor, Auschwitz bzw. Auschwitz/Birkenau gingen, welche mittlerweile schon mit riesigen Gaskammern ausgestattet waren. Mit dem Zweck möglichst viele Menschen in möglichst kurzer Zeit und – für die Mörder – möglichst „schonend“ umzubringen.

Unterdessen wurden auch österreichische Roma und Sinti (sie wurden zuerst als „Asoziale“, später als „Zigeuner“ verfolgt) von der Kriminalpolizei bzw. Gestapo beraubt und in den Lagern Lackenbach/Burgenland, Maxglan/Salzburg und St. Pantaleon/OÖ interniert. Sie wurden immer wieder zu Zwangsarbeit herangezogen. Etwa 5000 Roma und Sinti, in der Regel ganze Familien, wurden 1941 in das Ghetto Lodz deportiert und letztlich im Vernichtungslager Kulmhof/Chelmo ermordet. Ein großer Teil der verbliebenen Roma und Sinti aus Österreich wurde nach Auschwitz/Birkenau gebracht und ermordet, nur wenige überlebten. Bei der Befreiung des Lagers Lackenbach durch die Rote Armee waren dort noch höchstens 400 Häftlinge.

Nach 40 großen und vielen kleineren Transporten aus Wien lebten von 200.000 österreichischen Jüdinnen und Juden 1945 noch etwa 5000 in Wien. Sogar noch in den letzten Tagen der Kämpfe um Wien verübte eine SS-Einheit ein Massaker an neun hier verbliebenen Juden.

15 bis 20.000 österreichische Jüdinnen und Juden, welche sich nach der Flucht in die Tschechoslowakei, nach Belgien und Frankreich schon in Sicherheit geglaubt haben, fielen nach der Eroberung dieser Länder durch die deutsche Wehrmacht ihren Mördern in die Hände.

6 Millionen europäische Juden und Jüdinnen sind der Shoa, auch „Holocaust“ genannt, zum Opfer gefallen, mindestens 65.500 davon stammten aus Österreich. Diese Zahl ist eine Mindestzahl, da viele Ermordete namenlos oder auch „staatenlos“ waren und deshalb nicht als österreichische StaatsbürgerInnen erfasst wurden. Von den 11 bis 12.000 österreichischen „Zigeunern“ wurden zwischen 1938 und 1945 schätzungsweise 9500 ermordet, etwa 2000 überlebten die Deportationen. Zudem sind zigtausende „Erbkranke“ (Behinderte), „Asoziale“, ZeugInnen Jehovas, ZwangsarbeiterInnen, Deserteure und „Wehrkraftzersetzer“, Homosexuelle, Kriminelle und politische GegnerInnen bzw. WiderstandskämpferInnen aus Österreich der Mordmaschinerie der Nazis zum Opfer gefallen.

Exil und Wiederkehr

Von **Albert Dlabaja**
Bundesvorsitzender des
**Bundesverband österreichischer AntifaschistInnen,
WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus
(KZ-Verband, VdA)**

Die Mehrzahl der österreichischen Emigranten mussten aus „rassischen Gründen“ nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten das Land verlassen. Über 128.000 jüdische ÖsterreicherInnen konnten so dem Nazi-Terror durch Flucht ins Exil entkommen. Die zweitstärkste Gruppe unter den ExilantInnen betraf jene, die aus politischen Gründen ein Exil suchen mussten. Nach 1945 zeigte das offizielle Österreich wenig Bereitschaft zur Heimholung, eine Einladung an die Vertriebenen zurückzukehren, gab es nicht. Eng mit dem Exil verbunden war auch die Frage geraubter Vermögenswerte der ExilantInnen: die sogenannte „Arisierung“ wirkte auch nach 1945 weiter. Die Rückgabe war unbefriedigend oder gar nicht geregelt, was man auch daran ablesen kann, dass eine Diskussion um die Rückgabe jüdischer Vermögenswerte an die rechtmäßigen Erben in der Öffentlichkeit erst ab der 1990er Jahren wieder intensiv ausgetragen wurde.

Das Exil hat eine Lücke in das geistige und kulturelle Leben Österreichs gerissen, die nach 1945 nie mehr geschlossen werden konnte. Besonders Wien verlor dadurch seine Rolle als richtungsweisendes Zentrum der Kunst und Wissenschaft.

Nicht nur die Haltung der ÖsterreicherInnen zu den ExilantInnen, auch die Haltung der ExilantInnen zu ihrer ehemaligen Heimat war zwiespältig. Viele von jenen, die aus „rassischen“ Gründen vertrieben wurden und denen eine Integration in ihre Exilländer (wie etwa USA, Großbritannien oder Israel) gelang, erschien eine Rückkehr wenig attraktiv. Im Gegensatz dazu lässt sich feststellen, dass die Bereitschaft und der Wunsch zurückzukehren bei politischen EmigrantInnen höher war, als bei jenen, die aus rein „rassischen Gründen“ ins Exil gehen mussten. Doch auch die politischen Parteien zeigten keine intensiven Bemühungen, ihre exilierten Funktionäre wieder zurückzuholen und nur wenige RemigrantInnen spielten politisch eine entscheidende Rolle.

KZ-Opfer

Nach 1945 war Österreich ein Land der Täter und der Opfer des NS-Regimes. Auf österreichischem Boden wurden zwischen 1938 und 1945 rund 197.000 Menschen ins Konzentrationslager Mauthausen und

seine 49 Nebenlager eingewiesen, rund 100.000 von ihnen wurden dort bis zur Befreiung durch die US-Armee am 5. Mai 1945 ermordet. Dem Rassenwahn und Verfolgung politisch Andersdenkender fielen bis Kriegsende rund 75.000 ÖsterreicherInnen in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten zum Opfer. Etwa 30.000 als „lebensunwert“ klassifizierte Menschen kamen vor allem auf Schloss Hartheim, OÖ, im Rahmen des Euthanasieprogramms des NS-Staates ums Leben. Unmittelbar nach Kriegsende wurden große Teile der TäterInnen der Gerichtsbarkeit zugeführt, wobei nach einer anfänglich intensiven Phase die Strafverfolgung im Laufe der Zeit nachließ. Mit den ersten Amnestien 1948 war z. B. die strafrechtliche Verfolgung der NS-Euthanasie zu einem guten Teil abgeschlossen.

Die gerichtliche Verfolgung der TäterInnen war eine Sache, der Versuch einer „Wiedergutmachung“ eine andere. Die Opferfürsorgegesetze ab 1945, denen in den folgenden Jahren zahlreiche Novellen folgten, sollten eine Form der finanziellen Entschädigung gewährleisten. Innerhalb der vom Gesetz anerkannten Opfergruppen stellen jene, die auf Grund ihrer Abstammung verfolgt waren, die weitaus größte Gruppe dar, gefolgt von den politischen Gegnern des NS-Regimes. Für AntragstellerInnen und ihre Hinterbliebenen bedeuteten die bürokratischen Hürden jedoch oftmals unüberwindbare Hindernisse. So wurde z. B. in der Anspruchsberechtigung zwischen aktiven WiderstandskämpferInnen und passiver Verfolgungsopfern unterschieden, einige Opfergruppen blieben prinzipiell von Entschädigungen ausgeschlossen (unter anderem: Asoziale, Homosexuelle oder Deserteure). Was den Opfern nach 1945 fehlte, war auch Öffentlichkeit. Aus Gleichgültigkeit oder Scham wurden die Ereignisse kaum im öffentlichen Bewusstsein artikuliert und auch viele der Betroffenen zogen es vor, zu schweigen. Mit dem Opferfürsorgegesetz unternahm man den Versuch einer Wiedergutmachung an den Opfern und ihren Familien. Ein halbherziger Versuch, waren doch ehemalige Angehörige der deutschen Wehrmacht lange Zeit sozialrechtlich besser gestellt als jene Menschen, die der NS-Herrschaft widerstanden haben.

Widerstand

„... und das bei der endgültigen Regelung unvermeidlich sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung berücksichtigt werden wird.“ (Moskauer Deklaration, 1943). Der Widerstand wurde nach 1945 zu einem guten Teil aus dem Blickwinkel der Moskauer Deklaration gesehen, die ihm eine explizit angesprochene Rolle bei der Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreichs zugewiesen hatte und auf die man sich auf politischer Seite gerne berief. Doch im Bewusstsein der Bevölkerung spielte der Widerstand praktisch keine Rolle. Widerstand war in Österreich keine gesellschaftlich verankerte oder militärisch relevante Komponente, sondern heroische Einzelleistung, die über 25.000 Menschen mit ihrem Leben bezahlten (darunter nicht nur WiderstandskämpferInnen im eigentlichen Sinne, sondern auch RegimegegnerInnen unterschiedlicher Ausprägung. Vor allem in den letzten Kriegsmontaten genügten geringfügige Abweichungen von der „politischen Norm“ um verhaftet oder zum Tod verurteilt zu werden. Auch nach 1945 konnte sich der überwiegende Teil der Bevölkerung, der glaubte, seine Pflicht erfüllt zu haben, nur schwer mit der Idee des Widerstandes identifizieren. Dazu kam, dass die Widerstandsbewegung selbst in sich tief gespalten war, ein Zusammenschluss über Partei- und Ideologiegrenzen hinweg in Österreich nicht existent war und dies auch bei historischen Aufarbeitungen relevant war. Die zahlen- und opfermäßig stärkste Gruppe des Widerstandes waren die Kommunisten – mit der politischen Isolierung der Partei in der 2. Republik geriet auch dieser Aspekt zunehmend in Vergessenheit. Aus dem konservativen Widerstand entwickelte sich ein loser Zusammenschluss: O5 (für OE = Österreich), der bis in Militärkreise hineinreichte und Kontakt zu den Alliierten aufnahm, ein militärischer Aufstandsversuch in den letzten Kriegstagen in Wien scheiterte durch Verrat. Denunziation war auch jener Tatbestand, der nach 1945 in rund 20% der Volksgerichtshofverfahren gegen NS-TäterInnen zu einem Schuldspruch führte.

Quelle: Österreichische Mediathek,
www.mediathek.at

**Das Gedenken am
9. November im Internet:
www.initiative-aspangbahnhof.org**